



25. März 2020

Sehr geehrter Präsident der Europäischen Kommission und sehr geehrte Kommissare,
 Sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments,
 Sehr geehrte nationale Vertreter,

am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch von COVID-19 - der durch das neuartige Coronavirus verursachten Krankheit - zu einer globalen Pandemie. Seit Januar hat die Europäische Kommission Millionen von Euro zur Förderung der Forschung über COVID-19 bereitgestellt, unter anderem durch das Programm Horizont 2020, die Initiative für innovative Medizin (IMI) und Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB). Mehrere nationale Regierungen haben auch beträchtliche Mittel mobilisiert, um die Entwicklung von Diagnostika, Behandlungen und Impfstoffen zu unterstützen.

Diese Pandemie erfordert eine entschlossene und allumfassende Reaktion der Europäischen Union (EU) und der nationalen Regierungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die sich in erster Linie auf die Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Epidemiebekämpfung konzentriert, um die weitere Verbreitung des Virus in Europa und anderswo zu verlangsamen oder zu stoppen. Gleichzeitig besteht ein Bedarf an öffentlicher finanzieller und wissenschaftlicher Unterstützung für die Entwicklung dringend benötigter Diagnostika, Therapeutika und Impfstoffe. **Eine wirksame Reaktion setzt voraus, dass all diese notwendigen medizinischen Hilfsmittel am Ort der Abgabe kostenlos zur Verfügung stehen, insbesondere für gefährdete Bevölkerungsgruppen.**

Die 45 Millionen Euro teure Ausschreibung der IMI für "Vorschläge zur Entwicklung von Therapeutika und Diagnostika" im Schnellverfahren als Reaktion auf die COVID-19-Krise ist ein Beispiel für die Unzulänglichkeiten und Widersprüche, die die meisten von der EU finanzierten Zuschüsse, Initiativen und Missionen im Bereich der Gesundheit betreffen. Im Vergleich zu anderen Initiativen, wie der Koalition für Innovationen in der Epidemievorsorge (CEPI), wird in der **IMI-Ausschreibung keine Verpflichtung dafür genannt, dass es Klauseln zur Erschwinglichkeit gibt, die den Zugang zum Endprodukt erleichtern.** Darüber hinaus **verbietet die Finanzierung der Europäischen Kommission nicht die Vergabe von Exklusivlizenzen für die Nutzung, trotz des Risikos, das diese angesichts der hohen Nachfrage während dieser Pandemie für die Bereitstellung darstellen.** In der gegenwärtigen Situation ist ein schneller und umfassender Zugang zu Diagnostika und Behandlungen von entscheidender Bedeutung. Da die Ressourcen des öffentlichen Gesundheitssystems bereits überstrapaziert sind, sollte die wirtschaftliche Nachhaltigkeit nicht durch überhöhte Preise für Medikamente und Impfstoffe weiter gefährdet werden.

Angesichts der hohen weltweiten Nachfrage müssen **diese Gesundheitstechnologien den Patienten und dem Gesundheitspersonal in einem noch nie dagewesenen Umfang zur Verfügung gestellt werden**. Da Verzögerungen Menschenleben kosten werden, erfordert dies ein gründliches Überdenken der Art und Weise, wie die Produktion wirksamer Produkte nach der Marktzulassung schnell auf die Nachfrage hochskaliert werden kann und wie potenzielle finanzielle Hindernisse für den Zugang zu den Produkten in Europa und anderswo beseitigt werden können. **Angesichts der Dringlichkeit der öffentlichen Gesundheit können wir keinen "business as usual"-Ansatz zulassen, bei dem die Marktdynamik die Preisgestaltung auf Kosten des raschen Zugangs diktiert und finanzielle Erwägungen - und nicht die öffentliche Gesundheit - darüber entscheiden, wo und wann die Produkte verfügbar sein werden.**

Wir empfehlen dringend, dass die EU-Institutionen und die nationalen Regierungen kollektive Schutzmaßnahmen im Sinne der Öffentlichkeit, wie z.B. Transparenz in Bezug auf öffentliche Beiträge, Zugangs- und Erschwinglichkeitsklauseln und nicht-exklusive Lizenzen für die Nutzung von Endprodukten, in laufende und zukünftige Finanzierungsaufträge und Investitionen aufnehmen. Solche Schritte würden die öffentliche Rechenschaftspflicht erhöhen und die mit einer einzigen Exklusivlizenz verbundenen Mängel der Marktexklusivität - wie übermäßig hohe Preise oder eine übermäßige Abhängigkeit von einer einzigen Quelle - begrenzen, was die Möglichkeit von Engpässen erhöhen kann. **Diese Maßnahmen werden letztendlich sicherstellen, dass die Impfstoffe und Behandlungen gegen das Coronavirus diejenigen erreichen, die sie benötigen, und zahlreiche Leben retten.**

Wir bitten auch die Europäische Kommission und die nationalen Regierungen, an ihrer Verpflichtung zu Transparenz und guter Regierungsführung festzuhalten, was in dieser Krise noch wichtiger ist. Wir erwarten, dass das Europäische Parlament die Ergebnisse der finanziellen Unterstützung der EU für Forschung und Entwicklung und die letztendliche Lieferung von Ergebnissen genau verfolgt. Wir zählen auf die nationalen Regierungen, dass sie die Arbeit der öffentlichen Forschungseinrichtungen im Kampf gegen die Pandemie fördern und unterstützen. Diese Maßnahmen sind nicht nur entscheidend für die Bewältigung der Herausforderungen im Umgang mit dieser globalen Pandemie, sondern sie werden auch den Präzedenzfall schaffen, dass **es höchste Zeit ist, dass die Gesundheitsbedürfnisse Vorrang vor dem Profit haben. Die Fehler bei der Reaktion auf frühere Epidemien dürfen sich nicht wiederholen. Die COVID-19-Pandemie ist ein Weckruf für uns alle. Durch das Übernehmen dieser Maßnahmen werden die nationalen Regierungen und die EU besser auf künftige Epidemien und Pandemien vorbereitet sein. Es ist keine Frage des "ob", sondern des "wann".**

Die unterzeichnenden Organisationen sind der Ansicht, dass die EU und die nationalen Regierungen zwar ihre Reaktion auf diese Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit beschleunigen, dass aber **weder die unbestreitbare Dringlichkeit der Situation noch der beängstigende Ernst der gegenwärtigen Bedrohung ein Grund sein kann, die Rechenschaftspflicht zu umgehen und die Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Mittel zum Schutz und zur Förderung der öffentlichen Gesundheit zu gefährden. Wir hoffen, dass Sie unsere Bedenken berücksichtigen und bereit sind, weiter zu diskutieren, wie unsere Empfehlungen in aktuelle und zukünftige Forschungsaufträge und öffentliche Investitionen einfließen können.**

Unterzeichnende Organisationen:

1. Access to Medicines Ireland
2. Action against AIDS Germany
3. AIDES, France
4. AIDS Action Europe

5. Aidsfonds
6. Alliance for Cancer Prevention UK
7. Altroconsumo, Italy
8. Armenian Women For Health and Healthy Environment NGO
9. Association of European Cancer Leagues (ECL), Access to Medicines Task Force
10. AURORA Universities Network
11. Austrian Institute for Health Technology Assessment (AIHTA)
12. Center for international Environmental Law (CIEL)
13. Commons Network (CN)
14. Corporate Europe Observatory (CEO)
15. CurbingCorruption
16. Dying for a Cure
17. Ecologistas en Acción, Spain
18. EKPIZO, Greece
19. Epilepsie France
20. European Academy of Paediatrics
21. European AIDS Treatment Group (EATG)
22. European Alliance for Responsible R&D and Affordable Medicines
23. European Association of Hospital Pharmacists (EAHP)
24. European Federation of Public Service Unions (EPSU)
25. European Institute of Women's Health
26. European Public Health Alliance (EPHA)
27. France Assos Santé, France
28. Global Health Advocates (GHA)
29. Groupe sida Genève, Switzerland
30. Grupo de Ativistas em Tratamentos (GAT), Portugal
31. Health Action International (HAI)
32. International Association of Mutual Benefit Societies (AIM)
33. Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), Germany
34. Istituto di Ricerche Farmacologiche Mario Negri, Italy
35. Just Treatment
36. La Ligue contre le cancer, FRANCE
37. Médecins du Monde
38. MSF Access Campaign
39. NoGracias, Spain
40. Observatoire de la transparence dans les politiques du médicament (OTMeds)
41. Organización de Consumidores y Usuarios (OCU), Spain
42. Pesticide Action Network (PAN) Europe
43. Pharmaceutical Accountability Foundation
44. Prescrire
45. Public Eye, Switzerland
46. Réseau DES, France
47. Réseau Environnement Santé
48. Romanian Association Against AIDS (ARAS)
49. Salud por Derecho, Spain
50. Sciences Citoyennes
51. SOMO - Centre for Research on Multinational Corporations
52. Standing Committee of European Doctors (CPME)
53. STOPAIDS
54. T1International
55. Test Aankoop/Test Achats, Belgium
56. Transnational Institute

57. Transparency International Health Initiative
58. TranspariMED
59. UFC-Que Choisir, France
60. Universities Allied for Essential Medicines (UAEM) Europe
61. Wemos